

**Protokoll der  
Kreismitgliederversammlung (KMV)  
des Kreisverbandes von Bündnis  
90/Die Grünen Bad Kreuznach am 31.  
Mai 2006 in Waldböckelheim**

**Beginn der Veranstaltung:** 20:05 Uhr

**Leiter der Versammlung:** Rainer  
Kohlhaas

**Protokoll:** Sabine Pütz

**Anwesend:** 18 Mitglieder KV Bad  
Kreuznach,  
2 Gäste, VertreterIn der Presse.

**Ende der Veranstaltung:** ca. 22:15 Uhr

**TOP 1: Formalia**

Rainer Kohlhaas eröffnet die  
Versammlung und begrüßt alle  
Anwesenden. Er stellt die form- und  
fristgerechte Einladung zur heutigen  
Kreismitgliederversammlung fest. Es gibt  
keine Einwände zum letzten Protokoll.  
Das Protokoll wird einstimmig  
angenommen. Rainer beantragt die  
Erweiterung der TO. In TOP 7 soll der  
Neonazi Aufmarsch in Bretzenheim  
besprochen werden. TOP 7 wird zu TOP  
8. Es gibt keine Einwände.

**TOP 2: Bericht zur LDV in Andernach.**

Michael Henke berichtet von der LDV.  
Grundsätzlich erlebten die Delegierten  
eine offene Auseinandersetzung. Das  
„alte“ Personal wird es nicht mehr sein,  
so Michael, es werden neue Kräfte  
gesucht. Im Herbst sind 2 LDV und eine  
Zukunftswerkstatt geplant. Wie es genau  
weitergeht wisse man noch nicht. Alle  
Hoffnung liegt nun in der  
Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverbände,  
damit die Grünen weiterhin  
wahrgenommen werden. Vorhandene  
Gremien müssen unterstützt werden.  
Auch die Heinrich Böll Stiftung bietet  
weiterhin verstärkt Unterstützung an. Elke  
Klitz bestätigt Michaels Eindruck von der  
LDV, auch sie erlebte eine konstruktive  
und sachliche Aussprache in der LDV.  
Elke hatte heute ihren letzten Tag im  
Regenbogen, mit viel Wehmut nahm sie  
heute Abschied. Jetzt muss neu  
angefangen werden, so Elke, wobei  
deutlich wird, dass viele Menschen noch

nicht realisiert hätten, dass die Grünen  
nicht mehr im Landtag sind und welche  
Folgen dies hat.

Gerlinde Huppert-Pilarski ergänzt Elkes  
Eindruck. Sie erhält immer wieder Anrufe  
von Verbänden oder von der Presse die  
Auskünfte über bestimmte Themen o. ä.  
haben möchten. Die Partei muss sich  
Gedanken machen, wie diese Lücke  
geschlossen werden kann, so Gerlinde.  
Ludger Nuphaus berichtet, dass heute in  
der Regierungsdebatte die Grünen schon  
vermisst wurden. Umweltthemen wurden  
nicht diskutiert. Die Grünen benötigen  
einen Landesvorstand, der uns wieder in  
die Regierung bringt! Claus erläutert den  
finanziellen Aspekt. Mit dem Wegfall der  
grünen Landtagsfraktion  
entstehen Mindereinnahmen von  
100.000,- €. Eine Personalreduzierung ist  
die Folge, um Kosten aufzufangen.  
Weitere Möglichkeiten wäre eine  
Erhöhung der Abgaben von  
Kreisverbänden an den Landesverband.  
Die Landesgeschäftsstelle ist mit 2,5  
Angestellten besetzt. Trotzdem wird  
intensiv mit neuen Ideen an eine  
Neustrukturierung der Partei gearbeitet,  
beträchtigt Michael. Auch Elke ist vom  
Parteirat mit der Suche nach neuen  
Strukturen beauftragt worden. Rainer  
Kohlhaas möchte von Michael wissen,  
welche Unterstützung der Kreisverband  
geben kann.

**TOP 3: Berichte aus Parteigremien und  
Mandaten.**

Michael gibt weitere Informationen: Eine  
Arbeitsgruppe „**Zukunftswerkstatt**“ hat  
sich konstituiert. Diese AG hat die  
Aufgabe der Ideensammlung. Genaue  
Angaben über diese AG werden noch  
folgen. An dieser kreativen  
Ideensammlung kann sich jeder  
beteiligen. Diese AG soll die Vorbereitung  
zur Arbeitsgruppe „**Struktur**“ sein. Die  
AG Struktur besteht aus 11 Personen aus  
verschiedenen Gremien der Partei. Deren  
Aufgabe besteht in der Aufstellung der  
Ideenvorschläge, die zunächst nicht  
gewertet wird. Diese AG dient zur  
Vorbereitung der LDV. Die Ideen werden

unter anderem auch auf ihren Inhalt und ihre Finanzierbarkeit geprüft. Gerlinde schlägt vor, mehr Infos auch vom Parteirat an die Mitglieder per Mail weiterzuleiten. Michael stimmt dem zu auch Termine werden verstärkt weitergeleitet, wir müssen eine stärkere Vernetzung aufbauen. Aus der Vergangenheit weiß Claus, dass nicht alle Mitglieder mit Mails der Grünen überschüttet werden möchten. Elke verweist auf die Grünen Seiten im Inter- bzw. Intranet. Sie schlägt vor, die Themen Zukunftswerkstatt und Struktur AG auf die Tagesordnung der nächsten KMV zu setzen. Bis dahin können ist zu überlegen, welche Vorschläge wir für die Zukunftswerkstatt einbringen möchten und wie eine Vernetzung untereinander auch unter den OV gelingen kann. Michael berichtet weiterhin, dass die Heinrich Böll Stiftung in Zukunft mehr Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz anbieten möchte. Er bittet um Themen Vorschläge für diese Veranstaltungen. Weitere Informationen aus verschiedenen Gremien:

Ludger hat keine besonderen Themen aus dem Kreistag. Rainer sieht es sehr positiv, dass auf Antrag der Grünen im Kreistag jetzt die Integrationsbeauftragte eingeführt worden ist.

Horst Schäfer und Carl Rheinländer von der Bürgerinitiative Limbachtal berichten von der Trockenlegung des Limbaches, den Folgen und ihrer Tätigkeit in der BI. Zukünftig werden Kontakte zur BI erhalten bzw. Informationen ausgetauscht.

Michael Altmeier berichtet vom OV Bad Sobernheim. Er möchte aggressiver an die Probleme der Bevölkerung herangehen dazu dient auch ein Sommerfest. Dies findet am 11. Jun. 2006, ab 14:00 Uhr im Nchtigallental in Bad Sobernheim statt.

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit hält er für sehr wichtig. Auch die Vernetzung der OV, vielleicht in Organigrammform wäre gut, so Michael.

#### **TOP 4: Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes.**

Michael Henke resümiert das vergangene Jahr. Aufgrund der beiden Wahlen gab es 9 KMV. Er zählt die Themen der KMV auf. Gerlinde äußert verärgert ihre Kritik über nicht eingehaltene Themenfestsetzungen in den KMV. Die Themen Bildung, sowie Vereinbarung von Familie und Beruf, wurden nicht in KMV berücksichtigt, obwohl dies ausgemacht war. Sie fordert eine Begründung vom Kreisvorstand. Rainer erklärt, dass drei Versuche mit Nils Wichmann einen Termin für die KMV zu bekommen gescheitert sind. Allerdings habe Gerlinde Recht, das Thema Vereinbarung von Familie und Beruf sei nicht mehr präsent gewesen. Er bittet um Entschuldigung. Claus erläutert anhand einer Tischvorlage die finanzielle Situation des Kreisverbandes, die schon seit einigen Monaten im Internet veröffentlicht ist. Die Kasse wurde von Jörg Binz und Kurt Römer geprüft. Jörg gibt Bericht. Die Kasse ist empfehlenswert geführt. Jörg Binz beantragt den Kreisvorstand zu entlasten. Der Kreisvorstand wird mit 4 Enthaltungen entlastet.

#### **TOP 5: Neuwahl des Kreisvorstandes.**

Michael Henke fragt nach Vorschlägen. Bildung der Wahlkommission: Edgar Block, Gregor Feld, Hans-Walther Spindler und Ludger Nuphaus werden einstimmig bestellt.

Claus Antes wird als Kassierer vorgeschlagen.

Wilhelm Zimmerlin möchte nicht mehr für den Kreisvorstand kandidieren, er dankt für die gute Zusammenarbeit. Elke Kiltz möchte im Kreisvorstand mitwirken. Sie begründet ihre Entscheidung in einem kurzen Statement. Ein Schwerpunkt sieht sie in der verstärkten Zusammenarbeit mit den OV. Vorschläge für den Kreisvorstand: Michael Henke, Rainer Kohlhaas, Elke Klitz, Claus Antes, Sabine Pütz.

Wilhelm Zimmerlin wird einstimmig zum Wahlleiter bestellt. Wilhelm leitet geheime, schriftliche verbundene Wahl

der drei Vorstandssprecher. 18 Personen sind stimmberechtigt. Ergebnis:  
Elke Kiltz 17 Ja 1 Nein  
Michael Henke 16 Ja 1 Nein 1 Enthaltung  
Rainer Kohlhaas 18 Ja  
Alle drei Gewählten nehmen die Wahl an.  
Wahl des Kassierers:  
Claus Antes 17 Ja 1 Enthaltung  
Wahl des Schriftführers:  
Sabine Pütz 17 Ja 1 Enthaltung  
Beide nehmen die Wahl an.

### **TOP 6: Neuwahl der KassenprüferInnen.**

Vorschläge: Jörg Binz und Carsten Zahn.  
Schriftliche Abstimmung:  
Jörg Binz 17 Ja 1 Enthaltung  
Carsten Zahn 17 Ja 1 Enthaltung  
Beide nehmen die Wahl an.

### **TOP 7: Aufmarsch der Neonazis in Bretzenheim.**

Michael Henke schlägt vor TOP 8 auf die nächste KMV zu verschieben. Einstimmig angenommen.  
Edgar Block schildert die Vorgänge des Aufmarsches. Am 14.05.2006 sind Neonazis zum „Feld des Jammers“ marschiert. Die Verwaltung hatte in Abstimmung mit der Polizei entschieden, die Öffentlichkeit nicht über die angemeldete Kundgebung zu informieren. Es folgt ein Meinungsaustausch. Die Argumentation des Bürgermeisters Herrn Zimmer können wir nicht teilen. Die Grünen

fordern lauten Protest gegen rechte Aufmärsche. Gerade die neusten Entwicklungen in Ostdeutschland zeigen, was passiert, wenn den Rechten nicht mit Protest begegnet wird, so Andreas Pilarski. Er bittet dem Antrag dieses Aufmarsches in der Verwaltung nachzugehen und kann nicht verstehen, wie die Verwaltung einen solchen Antrag genehmigen kann.  
Es folgt eine Beratung um weitere Vorgehensweise.  
Wilhelm fasst zusammen: Der Kreisvorstand erhält von der Versammlung den Auftrag weiterhin Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema zu leisten. Abstimmung erfolgt einstimmig mit einer Enthaltung.

### **TOP 8 Verschiedenes entfällt:**

*Waldlaubersheim, 01. Juni 06  
Gez. Sabine Pütz*

Presseerklärung des Kreisvorstands von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

### **GESICHT ZEIGEN und nicht KOPF IN DEN SAND STECKEN - Zur Taktik der Behörden anlässlich des Aufmarsches der Rechtsextremisten am 14.5.06 in Bretzenheim**

Die Taktik der VG-Verwaltung Langenlonsheim „rechte Aufmärsche totzuschweigen“ indem man den Neonazis eine Demonstration genehmigt, den Bürgern gegenüber aber

verheimlicht, wäre fast aufgegangen, wenn nicht eine Regionalzeitung wenigstens im Nachhinein darüber berichtet hätte.

Einen Aufmarsch zu genehmigen, seine polizeiliche Absicherung (wofür – oder besser – gegen wen eigentlich?) zu organisieren und dann zu schweigen mag für die Mehrheit belanglos erscheinen, für Menschen aus Minderheitengruppen ist es zumindest beängstigend, wenn nicht lebensbedrohend. Sich abzuwenden und dabei zu hoffen, dass nichts geschieht und keiner dies merkt ist kindliche Realitätsverweigerung.

Genau dies hat sich am 14.5.06 in Bretzenheim und am „Feld des Jammers“ ereignet. Neonazis zogen triumphierend durch das Dorf und statteten dem Denkmal für deutsche Kriegsgefangene ihren makabren Besuch ab.

Die nachträglichen Rechtfertigungsversuche des verantwortlichen Verbandsbürgermeisters [in einer Regionalzeitung (AZ vom 17.5.06)], „zu einer Gegendemonstration aufzurufen, sei unverantwortlich gewesen, da damit ein noch größerer Aufwand als der bereits betriebene (mehrere hundert Polizisten ...)“ verbunden gewesen wäre und „durch eine Gegenkundgebung die Lage aufgeheizt, das Gefahrenpotential noch vergrößert“ würde, sind absolut inakzeptabel und in mehrfacher Hinsicht *ein Skandal*: 1. Glaubt die Verwaltung ernsthaft, nur um Kosten zu sparen, dürfe sie ohne Not den öffentlichen Raum klammheimlich den Propagandisten von Rassismus, Intoleranz und rechter Gewalt überlassen und diese durch Ihre Geheimniskrämerei auch noch vor jeder Gegenöffentlichkeit schützen. 2. Indem sie erklärt, nicht die Hasstiraden skandierenden Neonazis seien das Problem, sondern diejenigen Bürger die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ihr Gesicht zeigen wollen, verkehrt sie alle Fakten in ihr Gegenteil (Ich unterstelle, dass die Verwaltung dies nicht gründlich durchdacht hat!)

Wenn der Behördenleiter aber zufrieden feststellt, „die Bevölkerung habe davon kaum Notiz genommen“, verkennt er die Situation wiederum gründlich.

Beim öffentlichen Auftritt ausgewiesener Rassisten ist nicht „Ruhe die erste Bürgerpflicht“ sondern lauter Protest. Und an die Spitze des Protests gehören alle Amtsträger, die gehalten sind, als Vorbilder, demokratische Werte zu vertreten. Falls diese machtvolle Demonstration dann ein paar EURO gekostet hätte - wäre das gut angelegtes Geld gewesen. Unser Staat könnte sich im Gegenzug teure Imagekampagnen sparen und unsere WM-Gäste könnten sich wirklich „zu Gast bei Freunden“ fühlen und müssten nicht in ein Land reisen, in dem ihnen die schlimmsten Gespenster der Vergangenheit in vollem Ornat live auf der Strasse begegnen.

Das Argument schließlich, die Veranstaltung der Neo-Nazis könne nicht verboten werden, ist rechtsstaatlich absolut korrekt.

Menschen verachtende Meinungen sind auch keineswegs durch Gesetze oder Polizei zu bekämpfen. In einer Demokratie ist dazu ein gerüttelt Maß an administrativem Verstand und Bürgerengagement vonnöten. Die rechten Parolen müssen Gegenstand lauten und öffentlichen Streits und beharrlicher politischer Erziehung in Familien und Schulen sein. So funktioniert halt Demokratie, und nicht, indem man leisetreterisch dem deutschen Michel so lange den Schlaf bewacht, bis Glatzköpfe in „national befreiten Zonen“ die staatliche Autorität ausgehöhlt haben.

Bisher sind die Neonazis bei uns zum Glück noch nicht so stark wie in manchen ostdeutschen Kommunen. Ermutigt durch die diskrete Behandlung durch unsere Kommunalverwaltung werden sie aber auch in Zukunft gerne und so oft wie möglich in Bretzenheim aufmarschieren. Dies aber werden wache Bürger verhindern, wenn sie denn durch ihre gewählten Amtsträger wenigstens rechtzeitig über die braune Invasion informiert werden.

Rainer Kohlhaas für den Kreisverband Bad Kreuznach von Bündnis90/Die Grünen